

Paritätischer Bremen unterstützt Bremer Memorandum für schulische Inklusion

26 Organisationen, darunter Schul- und Wohlfahrtsverbände, haben das Bremer Memorandum für schulische Inklusion unterzeichnet. Ziel des Bündnisses ist es, Inklusion in Schule und Bildung voranzubringen. „Inklusion ist erst dann erreicht, wenn die gleichberechtigte und voll wirksame Teilhabe aller Menschen gewährleistet ist“, so der Landesbehindertenbeauftragte Joachim Steinbrück, der das Memorandum gemeinsam mit dem Verein „Eine Schule für Alle“ initiiert hat.

Die Unterstützerinnen und Unterstützer des Memorandums sind sich darin einig, dass Bremen seit Änderung des Schulgesetzes im Jahr 2009 auf dem Weg zur Inklusion wichtige Schritte gegangen ist. Derzeit seien aber nach wie vor die meisten Schulen weit von tatsächlicher Inklusion entfernt. Inklusion fordere einen umfassenden Umbau des Schulsystems und einen hohen Einsatz der Lehrkräfte, die von der Behörde entsprechend unterstützt und ausgestattet werden müssten. Zwingend notwendig sei auch eine fachliche Begleitung und Evaluierung des inklusiven Prozesses.

„Schule und Bildung sind ein Schlüssel für Teilhabe“, so Gerd Wenzel, Vorsitzender des Paritätischen Bremen. Gerade Schulen, die sich aus eigenem Antrieb weiter inklusiv entwickeln wollten, müssten deutlich mehr Unterstützung und Eigenständigkeit erhalten, um dies zu tun. Zahlreiche Faktoren wie z.B. Armut oder das Nicht-Beherrschen der deutschen Sprache würden Menschen von Teilhabe ausschließen.



Präsentierten das Memorandum: (v.l. Pierre Hansen, ZEB; Meike Wittenberg, GEW; Gerd Wenzel, Paritätischer; Joachim Steinbrück, Landesbehindertenbeauftragter; Carsten Schlepper, BEK; Elke Gerdes, Eine Schule für alle.

Erster Tarifvertrag für Altenpflege-Azubis

Bis 2030 werden im Land Bremen rund 3000 zusätzliche Kräfte in der Altenpflege benötigt. Die meisten jungen Menschen haben jedoch ein schlechtes Image des Berufes im Kopf: lange Arbeitszeiten, schwierige Bedingungen und das alles für vergleichsweise wenig Geld. Damit sich künftig mehr Schulabsolventen für den Pflegeberuf entscheiden, hat die Tarifgemeinschaft Pflege Bremen, zu der Träger wie die Paritätischen Dienste Bremen gehören, in Zusammenarbeit mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di nun den ersten Tarifvertrag für Auszubildende in der Pflege unterzeichnet.

Darin wurden unter anderem einheitliche und höhere Vergütungen, verbindliche Arbeitszeiten sowie eine neue Urlaubsregelung festgelegt. Bisher sind die Verträge und die Bezahlung von

Dienstleister zu Dienstleister unterschiedlich geregelt. Das soll sich jetzt ändern, zumindest für alle 15 Träger, die in der Tarifgemeinschaft sind. Ab August 2015 wird der Vertrag für 234 Azubis in Bremen und Bremerhaven rechtskräftig. Neben den besseren Arbeitsbedingungen soll sich auch die finanzielle Situation für die jungen Menschen verbessern.

Der neue Vertrag für Azubis soll aber nur ein erster Schritt sein, meinen die Vertreter der Tarifgemeinschaft. Das Ziel: „Wir wollen noch im Laufe des Jahres weitere Tarifregelungen für die in der Pflege Beschäftigten aushandeln und diese dann für allgemein verbindlich erklären lassen“, sagt Arnold Knigge, Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege.

25 Jahre Epsymo

Vorbildliches Elternengagement für beeinträchtigte Kinder

Der Elternverein für psychomotorische Entwicklungsförderung, kurz Epsymo, wurde vor 25 Jahren gegründet, um Kinder mit Beeinträchtigungen zu fördern. 2012 hat der Verein sein Angebot erweitert und unterstützt als Frühberatungsstelle werdende und junge Eltern, damit alle Kinder in einem gestärkten Umfeld aufwachsen können. „In diesen Verein finden wir hochkarätiges Selbsthilfeengagement“, lobte Sozialsenatorin Anja Stahmann bei der Jubiläumsfeier.



Eine Therapiestunde bei EPSYMO macht Spaß

Epsymo betreut und fördert Kinder, die - so der Fachausdruck - von „Behinderung bedroht sind“. Hinter diesen trockenen Worten steckt schon einiges. Die Kinder und auch ihre Eltern haben, wenn sie zu Epsymo kommen, schon vieles erlebt. „Ein Kind wird heutzutage schon ‚auffällig‘, wenn es nur langsamer oder lauter ist als andere. Die Erfahrung ‚anders zu sein‘, erleben diese Kinder schon sehr früh, und das ist häufig keine schöne Erfahrung“, sagt Epsymo-Geschäftsführerin Maren Maetze. Umso wichtiger ist es, dass die Angebote des Vereins für die Kinder

nicht als Sonderförderung oder Therapie empfunden werden, sondern als Bewegungsstunde, die Spaß macht: zu Lande oder zu Wasser oder neuerdings auch auf dem Pferderücken. Zurzeit betreut der Verein 91 Kinder zwischen drei und 16 Jahren in 24 Kleingruppen.

Kinder, die den Gruppen entwachsen oder ein zusätzliches Angebot benötigen, können im Anschluss zum Beispiel an Tanz- und Zirkusprojekten teilnehmen oder Schwimm- und Selbstbehauptungskurse besuchen. Die professionellen Kräfte werden durch Spenden- und Stiftungsgelder finanziert, nur für wenige Kinder zahlen die Krankenkassen die Maßnahmen der Entwicklungsförderung. Alle nicht therapeutischen Arbeiten übernehmen in dem Selbsthilfeverein die Eltern: Verwaltung, Finanzen, Öffentlichkeitsarbeit.

Die zweite Säule des Vereins, die Frühberatung für Schwangere und

junge Familien, liegt in den Händen eines interdisziplinären Teams aus Pädagogen, Psychologen und Hebammen, eng verbunden mit Familienhebammen des Gesundheitsamts und in Kooperation mit dem Haus der Familie Lüssum. Konkret heißt das: In Bockhorn, Lüssum, Blumenthal, Aumund, Vegesack und Marßel gibt es wohnortnah und niedrigschwellig Beratungen rund um die Themen Schwangerschaft und Geburt, Gesundheit, Stillen, Erziehung, Füttern und elterliche Überlastungssituationen. Kurse und Gruppen umfassen unter anderem Babymassage, Babyschwimmen, Babyturnen, Elterncafés, Pflegekurse, kreative Schwangerschaftskurse, Stillberatung, Hebammensprechstunden, Beikosteneinführung, Rückbildung, Bewegung für Mütter, Väter-Gruppen oder Erste Hilfe am Kleinkind. Finanziert wird die Frühberatung von der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, Wohnen in Nachbarschaften (WiN) sowie Spenden und Stiftungsmitteln.

Aktivoli 2015 großer Erfolg

Schwerpunkt Inklusion

180.000 Bremerinnen und Bremer sind bereits ehrenamtlich tätig. Damit es noch mehr werden, organisiert die Bremer Freiwilligen-Agentur alljährlich die Aktivoli. Am 15. März fand die Aktivoli zum sechsten Mal statt. 70 Vereine und Organisationen hatten ihre Stände in der unteren und der oberen Rathauhalle aufgebaut, und der Zuspruch war, wie jedes Jahr, enorm. Knapp über 2000 Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit und kamen mit den Menschen in Kontakt, mit denen sie in Zukunft möglicherweise zusammenarbeiten würden.

Der Schwerpunkt der diesjährigen Aktivoli war Inklusion. Die Idee: Alle Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, sollen die Möglichkeit bekommen, sich zu engagieren. Deswegen wurde das Rathaus so barrierearm wie möglich gestaltet.

Die Aussteller wurden in einem Workshop vor Beginn der Aktivoli informiert, das Veranstalterteam hatte Blindenlotsen und Audioguides organisiert. Die Resonanz war gut, viele Menschen mit Beeinträchtigung besuchten die Freiwilligenbörse.

„Wir wollten das Thema Inklusion im Freiwilligenengagement auf den Weg bringen, und das ist uns gelungen“, sagt Barbara Wulff-Schwarz vom Orga-Team. „Das Thema wurde von den Aktivoli-Ausstellern angenommen, die große Mehrheit der Standbetreiber war sehr offen, und viele haben eine derartige Initiative, wie sie sagten, bislang vermisst.“

Und Benjamin Moldenhauer von der Freiwilligenagentur ergänzt: „Auffällig in diesem Jahr war auch, dass viele Menschen unter 30 Jahren die Aktivoli besucht haben. Viele fanden gleich vor Ort eine freiwillige Tätigkeit.“



Großer Andrang bei der diesjährigen Aktivoli

Gleichstellung von queeren Lebensweisen

Landesaktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie vorgestellt

Der Senat hat Ende März 2015 einen Landesaktionsplan präsentiert, der die Lebenssituation von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) im Land Bremen verbessern soll. Von Mai bis September 2014 wurde dieser Plan unter der Federführung des Sozialressorts und des Bremer Rat und Tat-Zentrums erarbeitet. Viel Arbeit, die sich aber nach Auffassung von Annette Mattfeldt vom Rat und Tat-Zentrum gelohnt hat. „Der Plan enthält viele Vorschläge, wie Diskriminierung abgebaut werden kann“, so Mattfeldt. Über die Finanzierung einer solchen Akzeptanzkampagne entscheidet die Bürgerschaft aber erst in der nächsten Legislaturperiode.

In drei Bundesländern - Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Berlin - gibt es bereits solche Aktionspläne. Daran habe man sich orientiert und vier Handlungsfelder identifiziert: Lebensphasen, Lebenshintergründe wie Behinderung oder Migration, Kultur und Sport sowie Antidiskriminierung.

Im Handlungsfeld Lebensphasen wird der Verbesserungsbedarf von der Kindheit bis ins Alter beschrieben. „Gleich-

geschlechtliche Partnerschaften sind rechtlich immer noch nicht der Ehe zwischen Mann und Frau gleichgestellt“, so Mattfeldt. Gleichgeschlechtliche Lebenspartner könnten nicht gemeinsam ein Kind adoptieren, und die sogenannte Stiefkindadoption sei langwierig und kompliziert. In Kindergärten und auch in Altenheimen sei dagegen schon viel passiert. „In vielen Kindergärten gibt es jetzt schon Familien mit zwei Müttern oder zwei Vätern“, so Rat und Tat-Mitarbeiter Arno Oevermann. Die Erzieherinnen und Erzieher haben ein großes Interesse an Fortbildungen, die das Zentrum regelmäßig durchführt. Materialien für Erzieherinnen und Erzieher sowie Bücher und Spiele wurden vom Zentrum zu fünf Medienkoffern zusammengestellt, die von den Kitas ausgeliehen werden können. So sei die Vielfalt der Lebensweisen auch für die Kinder erlebbar. Auch in Altenheimen habe das Personal großes Interesse an Fortbildungen. So ließ zum Beispiel die Bremer Heimstiftung alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihres Hauses Kattensch für den Umgang mit LSBTI schulen.

Für Jugendliche sei es aber nach wie vor nicht einfach, sich zu einer andersge-

schlechtlichen Identität zu bekennen. „Nach wie vor ist ‚schwul‘ ein beliebtes Schimpfwort unter Jugendlichen, und viele Lehrer lachen ebenfalls über ‚Lesben- oder Schwulenwitze‘“, berichtet Annette Mattfeldt über das Ergebnis einer Studie. Hier wollen Schulen und Schulbehörde zukünftig antidiskriminierende Leitbilder erarbeiten und Ansprechpartner für die Jugendlichen in den Schulen benennen.

Auch das Rat und Tat habe sich erst mit der Zeit für trans- und intergeschlechtliche Lebensweisen geöffnet und sich von „Zentrum für Lesben und Schwule“ in „Zentrum für queere Lebensweisen“ umbenannt. „Für Inter- und Transsexuelle muss sich rechtlich noch viel ändern“, so Mattfeldt. Die Reform des Transsexuellengesetzes steht an. Aber auch die Verfahren zur Namens- und Personenstandsänderung seien noch viel zu langwierig, kritisiert Mattfeldt.

Fünf bis zehn Prozent aller Bremerinnen und Bremer seien nach Schätzungen LSBTI. „Wir hoffen, dass sich durch den Aktionsplan das Alltagsleben dieser Menschen verbessert“, so Mattfeldt und Oevermann.

Neu aufgelegt:

Broschüre „Kindes-Wohl“ in leichter Sprache

„Kindes-Wohl. Kindes-Wohl-Gefährdung. Was ist das?“ heißt die bundesweit erste Broschüre in leichter Sprache zum Thema Kindeswohl. Die erste Auflage erschien im Herbst 2012 und war schnell vergriffen. Jetzt hat die Lebenshilfe Bremen die Broschüre mit neuen Bildern versehen, überarbeitet und neu aufgelegt.

Detailliert und anschaulich ist in der Broschüre erklärt, was gut und was schlecht ist für ein Kind, worauf Eltern achten müssen, wo sie Unterstützung bekommen. Essen und Trinken, Gesundheit, Betreuung oder Gewalt: zu 12 verschiedenen Themenbereichen

werden illustrierte Beispiele für Kindeswohl und Kindeswohlgefährdung gegenübergestellt.

Die Broschüre ist in leichter Sprache geschrieben, damit alle Eltern den Text verstehen können – ob sie aus einem anderen Land kommen, Leseschwierigkeiten haben oder eine geistige Beeinträchtigung. Das Büro für Leichte Sprache der Lebenshilfe Bremen hat den Text übersetzt. Ein Textbeispiel:

Wenn die Windel mal länger nass ist: Dann ist das nicht so schlimm. Aber wenn die Windel oft länger nass ist: dann ist das schlimm

Wenn man das Kind schlägt oder verletzt: Dann ist das immer schlimm. Das ist immer Kindes-Wohl-Gefährdung.



Die Broschüre „Kindes-Wohl. Kindes-Wohl-Gefährdung. Was ist das?“ umfasst 40 Seiten. Sie kostet 5 Euro (plus Verpackung und Porto) und ist erhältlich bei der Lebenshilfe Bremen,

Waller Heerstraße 55, 28217 Bremen, Telefon (0421) 387770, bestellung@lebenshilfe-bremen.de

Ambulante Hilfe wirkt

Soziale Trainingskurse für straffällig gewordene junge Menschen wurden evaluiert

Soziale Trainingskurse für straffällig gewordene junge Menschen sind eine Alternative zum Freiheitsentzug. In den Trainingskursen sollen sich Jugendliche und junge Erwachsene in Gruppen- und in Einzelarbeit mit ihren kriminellen Handlungen auseinandersetzen. Die Wirkung solcher Maßnahmen wird seit ihrer Verankerung im Jugendgerichtsgesetz Anfang der 1990-er Jahre kontrovers diskutiert. Bislang gab es kaum empirische Untersuchungen darüber, was in Sozialen Trainingskursen geschieht und wie sie auf die jungen Menschen wirken. Drei Bremer Träger, die seit vielen Jahren Soziale Trainingskurse anbieten, haben die Kurse wissenschaftlich evaluieren lassen. Die Bremer Integrationshilfen e.V. (BRIGG), JUS Jugendhilfe und Soziale Arbeit gGmbH sowie die Stadtteilschule e.V. beauftragten das Bremer Institut für Soziale Arbeit und Entwicklung e.V. (BISA+E). Zwischen 2011 und 2013 wurden die Kurse mit Methoden qualitativer Praxisbegleitfor-

schung evaluiert. Der Abschlussbericht liegt nun vor.

Die Kurse dauern in der Regel sechs Monate. Regelmäßig treffen sich die jungen Menschen zwischen 15 und 21 Jahren ein- bis zweimal in der Woche, um unter Anleitung von Sozialpädagoginnen und -pädagogen nicht nur ihre Straftaten, sondern ihre gesamte Lebenssituation zu reflektieren: Wo stehe ich in Schule und Ausbildung, warum reagiere ich in Stresssituationen mit Gewalt? Der Träger führt pro Jahr zwei Trainingskurse durch. In den Kursen gibt es kein starres Konzept, Gespräche, gemeinsame Aktivitäten wie Klettern, Malen oder Ausflüge wechseln sich ab. Im Vordergrund steht aber die gemeinsame Reflexion von Straftaten. „Die jungen Menschen, Männer zumeist, sind es nicht gewohnt zu reden“, sagt Christoph Knievel, Geschäftsführer der Brigg. Dabei arbeiten die Sozialpädagoginnen und -pädagogen nicht mit erhobenem Zeigefinger,

sondern lassen Verhaltensweisen in der Gruppe diskutieren. Dieses Konzept wirkt.

„Die jungen Menschen erfahren, dass die Teamerinnen und Teamer ihnen Interesse und Wertschätzung entgegenbringen und berichten, dass dies für die Verbesserung ihrer Lebenssituation hilfreich ist“, so berichtet Knievel aus dem Evaluationsbericht. Trotz des „Zwangscharakters“ der Maßnahme - bei Abbruch drohen Arrest oder Gefängnis - ist die Akzeptanz nach anfänglichem Widerstand durchgehend hoch. „Beziehungsarbeit wirkt“, mit diesen kurzen Worten beschreibt Knievel den Erfolg der Arbeit. Die Rückfallquoten sind nach solchen ambulanten Maßnahmen niedriger als nach Freiheitsentzug. Die Anbieter der Kurse arbeiten eng mit Polizei, Jugendgerichten und Schulen zusammen. „Wir bleiben an den Jugendlichen dran, auch nach Abschluss der Kurse“, so Knievel.